

Jörn Ahrens

# Neue Normalität

Über eine Leitkategorie  
in Zeiten der Pandemie

76 Seiten · broschiert · € 25,90  
ISBN 978-3-95832-283-7

© Velbrück Wissenschaft 2022

## 1. Etymologie der Neuen Normalität

Seine erste begriffliche Prägung erhält der Terminus einer »neuen Normalität« durch den Sprachphilosophen und Politikwissenschaftler Paul Sailer-Wlasits, der damit ursprünglich auf neue, populistische Codes in der Politik abzielt (Sailer-Wlasits 2018). Seinem kurzen, weitgehend assoziativ gehaltenen Beitrag für die österreichische Tageszeitung *Der Standard* lässt er jedoch keine systematische Ausarbeitung folgen. Nur ein Jahr später streift auch Hans Martin Esser die Idee einer neuen Normalität in seiner *Theorie der Normalität*, worin erstere Idee ein strategisches Bemühen anzeigt, Normalität umzuschreiben. Esser zufolge ist Normalität zwar angewiesen auf »Kultur-Narrative«, welche »als Klammer des Normalitätsraumes« fungieren, bleibt aber »per se implizit« (Esser 2019: 124). Aufgrund sprachlicher Selbstverständlichkeiten sowie der Reflexion entzogener, kultureller Übersetzungsroutinen sei die Erforschung von Normalität weitgehend versperrt. Da sich kulturelle Narrative letztlich langsamer änderten als die tatsächliche gesellschaftliche Normalität (ebd.: 130), lasse sich der Versuch der Etablierung einer neuen

Normalität, welche auch die etablierten Kulturnarrative umschreiben sollte, als gouvernementaler Rückgriff auf Ideologie und auf Praktiken der Manipulation verstehen, um ein neuartiges Verständnis von Normalität in der Gesellschaft zu implementieren, das gerade auch in normativer Hinsicht Konsequenzen hätte.

Der Versuch, »neue Narrative zu etablieren«, dient Esser zufolge dazu, »über die Veränderung der Normalität Legitimität für neue Normativität zu bahnen« (ebd.: 131). Hierbei handele es sich explizit um Verfahren zur Produktion von Normalität (ebd.). Diese eher knapp ausfallende Bemerkung Essers ist für eine Reflexion auf das Verhältnis von gesellschaftlicher Normalität zu ihrer als »neu« apostrophierten Variation von einiger Bedeutung; in den Passagen, die sich mit der Legitimität einer neuen Normalität befassen, kommt der vorliegende Essay darauf zurück. Zu Beginn der Pandemie griffen der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz und der deutsche Bundesfinanzminister Olaf Scholz nahezu zeitgleich die Vokabel von der neuen Normalität auf, mit deren Hilfe sie im April 2020 frühzeitig zu illustrieren suchten, dass sich im Zuge der Regulierungsbestrebungen auch Variablen der Normalität verschieben würden. So spricht Scholz am 17. April 2020 davon, die »Coronavirus-Pandemie« werde »die Gesellschaft noch für lange Zeit prägen« (welt.de 2020). Wörtlich sagt er: »Wir müssen eine neue Normalität entwickeln, die uns viele Monate und wahrscheinlich bis ins neue Jahr hinein begleiten wird« (ebd.). Kurz wiederum verwendet den Terminus Ende April 2020 bei verschiedenen Gelegenheiten, u.a. bemerkt er bei einer Sitzung des österreichischen Parlaments, es entspreche der Wahrheit, »dass wir uns noch in den nächsten Monaten in einer Phase der neuen Normalität werden bewegen müssen« (Kurz 2020).

Bemerkenswert ist, dass beide mit dem Begriff einer neuen Normalität nicht etwa eine Phase nach Beendigung der Pandemie meinen, worin Normalität wieder hergestellt werden soll; so wurde der Terminus schließlich weitgehend durchgesetzt und rezipiert. Vielmehr zielen beide den Zeitraum der Pandemie selbst an, welcher nun als neue Normalität gerüstet werden soll. Neue Normalität ist hier ganz deutlich eine Bewältigungsvokabel für eine Situation, der ihre Normalität abhandengekommen ist. Ungefähr im letzten Drittel des April 2020 verbreitet sich der neuartige Begriff von der »neuen Normalität« und wird wiederholt aufgegriffen. Auch der Präsident des Robert Koch-Instituts, Lothar Wieler, dämpft im Juni 2020 Erwartungen eines baldigen Endes der Pandemie, wenn er erläutert, es sei schlecht vorstellbar, dass keine Fälle des Coronavirus mehr auftreten würden, vielmehr werde das Virus auf absehbare Zeit im Land bleiben. Deshalb seien Wachsamkeit und die Einhaltung der Hygieneregeln geboten: »Das wird die neue Normalität sein für die nächsten Wochen und Monate« (loe 2020). Hier zeigt

sich bereits das besondere Charakteristikum des Konzepts einer »neuen Normalität«, das nämlich, im Unterschied zu landläufigen Vorstellungen von Normalität, seine Adressaten darauf einschwört, dass mittel- bis langfristig das Außergewöhnliche soziale Standardsituationen definieren wird – von der Begrüßung anderer über den täglichen Einkauf bis hin zur Nutzung öffentlicher Transportmittel, zum Arbeitsverhaltens, zu Feierkulturen etc.

Indem sie das Ungewohnte, zunächst sozial bizarr, zumindest ungewöhnlich Erscheinende strukturell normalisiert und gewissermaßen auch domestiziert, indem sie Emotionalisierungen, Angstbesetzungen und Gefahrenreflexe einhegt, erweist sich die neue Normalität als wichtiger Akzeptanzbegriff einer »Gouvernementalität der Gegenwart« (Bröckling et al. 2000) in Zeiten der Pandemie. Als Etikettierung einer plötzlich neu entstandenen sozialen Realität, die vom bis dato gewohnten Normalitätsstandard massiv abweicht, strebt die Rede von einer neuen Normalität, die zwar dissonant, aber nichtsdestotrotz funktional ist, eindeutig eine soziale Mimesis an die neu emergierte Situation an. Für eine im Grunde nicht normale Situation zu beanspruchen, es handele sich sehr wohl um eine Form der Normalität, nur eben um eine andere, sozusagen eine alternative Normalität, bedeutet in jedem Fall, um Affirmation der in Gang gesetzten Pandemiemaßnahmen zu werben, um diese neu entstandene Situation einzuhegen. Dies erfolgt mittels spezieller Kommunikationspraktiken, insbesondere über den Einsatz von Experten oder politisch verantwortlicher Akteure. Im Fall der Pandemie rekrutieren sich die Experten fast vollständig aus dem Feld der Wissenschaft und hier vor allem aus den Disziplinen der Virologie und der Epidemiologie, während die Experten für soziale Situationen, die Sozial- und Kulturwissenschaftler, trotz eines gefühlten und gern vorgezeigten Auftriebs an gesellschaftlicher Bedeutung eher Randpositionen im Expertendiskurs einnehmen. Dabei fällt auf, dass sich keine Verbindung herstellen lässt zwischen den Beiträgen der Wissenschaftsexperten und der administrativ-politischen Verwendung und Verschlagwortung des Terminus »neue Normalität«.

Nachweislich Verwendung findet der Begriff in Politik und Journalismus. Möglicherweise liegt es am Distinktionshabitus der Wissenschaftsexperten, dass diese das Konzept der neuen Normalität eher indirekt anspielen. So etwa, wenn im Mai 2021 der in der Pandemie zum Medienstar avancierte Virologe Christian Drosten von der Berliner Charité konstatiert, die zum damaligen Zeitpunkt niedrigen Infektionszahlen ließen sich bislang noch nicht auf Effekte der schon durchgeführten Impfungen zurückführen, sondern vielmehr »auf das Verhalten der Bevölkerung« und dann lobt: »Die Leute machen eben schon gut mit« (Berliner Morgenpost 12.05.2021). Diese Rede vom »Mitmachen« bilanziert die Adaption bzw. die Internalisierung einer Ordnung des Sozialen in der

Pandemie, die sich explizit als eine abweichende, neue Normalität aufstellt. Hingegen wird die wissenschaftlich angeleitete Eindämmung der Pandemie, insbesondere über die im Dezember 2020 begonnene Impfkampagne, gerade nicht als Bestandteil einer neuen Normalität gesehen, sondern als unmittelbare Voraussetzung für eine Restituierung der abhanden gekommenen (alten) Normalität. So betont der Osloer Impfstoff-Forscher Leif-Erik Sander: »Ohne Immunität bekommen wir keine Normalität« (Der Tagesspiegel 16.04.2021). Eine neue Normalitätsvariante hingegen schlägt der Bonner Virologe Hendrik Streeck bereits im Oktober 2020 vor, wenn er davon spricht, man müsse zu einer »achtsame[n] Normalität« gelangen, die für jeden Einzelnen im Fall eines schweren Krankheitsverlaufs die bestmögliche Versorgung gewährleisten. Wichtig ist hier, dass Streeck in keiner Weise von einer Überwindung des Covid-19-Virus spricht, sondern auf dessen Integration in Strukturen gesellschaftlicher Normalität abzielt: »Dieses Virus kann nicht mehr aus dem Menschen ausgetrieben werden und wir müssen anfangen mit dem Virus zu leben« (FAZ.net 06.10.2020).

Damit ist eine Leitdiktion für die Annäherung an die in Reaktion auf das Coronavirus ins Leben gerufenen Restriktionen gefunden, welche den gesellschaftlichen Alltag so lange prägen werden, wie dieser sich an Prämissen ausrichtet, die durch die Pandemie definiert sind. Es ist bemerkenswert, und womöglich sogar ein Erfolg des Konzepts einer Neuen Normalität, dass der Begriff in der Folge gerade nicht umfänglich aufgegriffen wird, sondern eher wieder aus der Debatte verschwindet. Das gilt jedoch nur für dessen unmittelbare Verwendung, während die wesentliche Begründung, die dem Konzept der neuen Normalität zugrunde liegt – dass nämlich die geltenden Muster einer Ordnung des Sozialen funktional bleiben können, obwohl sie massive Beschränkungen erfahren –, in der Gesellschaft nachhaltig etabliert wurde. Die Vorstellung von einer neuen Normalität ist also in hohem Maße virulent, wirksam und erfolgreich durchgesetzt; während sich die ostentative Nutzung des Begriffs heute möglicherweise vor allem deshalb erübrigt, weil sich das dahinterstehende Konzept so überaus erfolgreich der sozialen Realität imprägniert hat. Weniger behutsam spricht Slavoj Žižek davon, es gebe »kein Zurück zur Normalität. Wir werden die neue ›Normalität‹ auf den Ruinen unseres alten Lebens errichten müssen«, sofern nicht eine neue Form der Barbarei Wirklichkeit werden solle, deren Konturen schon jetzt sichtbar seien (Žižek 2021: 15). Nach wie vor ist die Argumentationsfigur der neuen Normalität für offizielle Rhetoriken zur Pandemie bedeutsam. Zugleich ließ Kritik am Konzept nicht lange auf sich warten. Auf *Telepolis* erklärte Sailer-Wlasis, schon die Bestimmung eines sozialen Zustandes als »normal« bedeute »sprachliche Gewalt« und weise einem autoritären Denken die Richtung (Rötzer 2020).

Ähnlich kritisierte die ehemalige Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, mit dem von Scholz geprägten Begriff der neuen Normalität dürfe keinesfalls ein Ausnahmezustand »als ein Normalzustand« beschrieben und mögliche Freiheitseinschränkungen gerechtfertigt werden (Link, Ch. 2020). Während Leutheusser-Schnarrenberger darauf aufmerksam macht, wie prekär die gesellschaftliche Wirkung sein könnte, sofern der Begriff der »neuen Normalität« zu einem Leitkonzept von Vergesellschaftung in der Pandemie würde, ist der italienische Philosoph Giorgio Agamben bekanntlich der Ansicht, dies sei längst der Fall. In einem Beitrag für die *Neue Zürcher Zeitung* befand er frühzeitig, am 18. März 2020, der Ausnahmezustand sei »zu unserem Normalzustand geworden. [...] Die Menschen haben sich daran gewöhnt, unter Bedingungen einer ständigen Krise und eines ständigen Notstands zu leben« (Agamben 2021: 27). Trotz dieser Differenz sind sich die Beiträge von Leutheusser-Schnarrenberger und Agamben in einem Punkt durchaus ähnlich. Denn anstatt, wie Kurz und Scholz dies tun, die Rede von der neuen Normalität als Bewältigungsvokabel einer sozialen Krisenlage einzusetzen, sehen beide darin einen qualitativen Umbruch im Vorgang der Vergesellschaftung selbst angezeigt. Für beide stiftet die neue Normalität einen neuen Zustand sozialer Ordnung, der das Leben in der Pandemie anleitet. Fraglich ist dann nur noch, und das ist erheblich, wie dies erfolgt und mit welcher Absicht.

In dieser Perspektive bieten die Routinen einer neuen Normalität gerade keinen Ausweg aus der Krise, etwa indem sie diese kultursemiotisch einhegen, sondern tragen zu deren struktureller Entgrenzung bei. Nach einer vergleichsweise kurzen Hochphase, in welcher der Begriff prominent genutzt wurde, hat sich das Konzept einer neuen Normalität in der Folge eher subkutan durchgesetzt. Aktiv hingegen konnte sich der Terminus nahezu ausschließlich im Feld international agierender Dienstleistungsunternehmen etablieren. Beispielsweise heißt es bei der Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung KPMG, es sei wichtig, dass Unternehmen sich »auf die neue Normalität und die damit einhergehenden veränderten Bedingungen einstellen und die sich hieraus eröffnenden Chancen ergreifen. [...] Denn Covid-19 ist eine Zäsur, die neue Normalität eine disruptive Phase. Jetzt gilt es, diesen Wandel aktiv zu gestalten und die sich hieraus ergebenden Vorteile strategisch zu nutzen« (KPMG). Auch das Consulting-Unternehmen Deloitte weist seinen Kunden einen »Weg zurück in die ›neue Normalität‹« (Deloitte). Es bestehe kein Zweifel daran, dass die Covid-19-Pandemie das Konsumverhalten nachhaltig verändert habe: »Viele Unternehmen müssen sich daher auf die vielzitierte ›neue Normalität‹ einstellen und ihre Geschäftsmodelle anpassen« (ebd.). Während das Stichwort der neuen Normalität daher andernorts vor allem als Restriktionsfaktor, mindestens als Irritation sozialer Interaktionen eingestuft wird, eröffnet es in dieser Perspektive neue, womöglich

attraktive Perspektiven für den Kapitalertrag. Der Unterschied gegenüber einer camouffiert und deshalb unheimlich wirkenden lebensweltlichen Normalität, liegt im ökonomischen Versprechen der neuen Normalität, deren deutlich positive Konnotation jede Menge ungeahnte Optionen in Sachen Akkumulation eröffnet. Žižek spricht diesbezüglich von einer »dreifachen Krise«, die als Pandemie sowohl medizinisch als auch ökonomisch und psychologisch definiert sei: »Die Grundkoordinaten des Alltagslebens von Millionen von Menschen zerfallen, und dieser Umbruch wird sich auf alles auswirken« (Žižek 2021: 73).

Es scheint insofern naheliegend, diejenigen Strukturen als neue Normalität zu bezeichnen, die die Organisation von sozialer Interaktion gewährleisten sollen, seit – spätestens mit Einsetzen des ersten Lockdowns am 22. März 2020 – die Existenz einer Pandemie in Deutschland offiziell Anerkennung gefunden hat. Schließlich hat sich die Organisation sozialer Räume, wie auch die Möglichkeit zu deren Erfahrung, seither in einer Rasananz verändert, die zumindest für westliche Gesellschaften ungewöhnlich ist, die strukturell, und vor allem im Alltagshandeln, auf Annahmen von Kontinuität und Stabilität basieren (Ahrens 2022). Faktisch sind natürlich auch diese Gesellschaften, zumal durch ihre Ausrichtung an Konzepten wie dem des ungebremsten technischen Fortschritts, dynamisch akzentuiert. Gerade für die »Aufrechterhaltung ihres institutionellen Status quo« sind sie auf die fortlaufende Steigerung von »Wachstum, Beschleunigung und Innovationsverdichtung« angewiesen (Rosa 2018). Wenn es um den Begriff der neuen Normalität zwischenzeitlich ruhiger geworden ist, dann weniger, weil sich das Problem, worauf er verweist und aus dem heraus er emergiert, erledigt hätte. Nachdem seit März 2020 mehr als ein Jahr lang das Alltagsleben zu weiten Teilen im vollständigen oder teilweisen Lockdown stattfand, wirkt die pandemische Gegenwart – unabhängig vom Einverständnis mit den sie rahmenden Strukturvariablen – spätestens seit dem Sommer 2021, was das lebensweltliche Erleben angeht, nicht länger neu und verstörend. So kommt eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung im Dezember 2020 zu dem Ergebnis, »dass die Deutschen mehrheitlich gut mit den Auswirkungen der Corona-Krise leben können« (Hirndorf 2020: 16). Die ordnungspolitischen Maßnahmen, mit denen der Pandemie präventiv und regulierend begegnet wird, tragen längst nicht mehr den Nimbus des Außergewöhnlichen, sondern haben erfolgreich zu Routinen, teilweise sogar zu sozialen Institutionen aufgeschlossen und auf diese Weise schon jetzt die Wirklichkeit lebensweltlicher Optionen und Interaktionen nachhaltig verändert. Insofern, ließe sich mutmaßen, hat sich die von Kurz, Scholz und anderen adressierte »neue Normalität« längst als Normvariante von Normalität durchgesetzt.

Gleichzeitig sind die Voraussetzungen der Debatte weiterhin präsent, etwa in den Auseinandersetzungen um mögliche, als »Lockerungen« oder »Öffnungen« etikettierte Maßnahmen zu einer partiellen

Deregulierung jener Beschränkungen des gesellschaftlichen Lebens, die ursprünglich als Variablen einer »neuen Normalität« gesetzt waren. Ohne dass es dadurch in seiner Wirksamkeit beeinträchtigt wäre, erweist sich das Konzept einer neuen Normalität als ausgesprochen flexibel und anpassungsfähig. So zeigt es die Fähigkeit, auch unter veränderten Bedingungen konsistent zu bleiben. Nach den harschen Maßnahmen der Lockdowns und der umfassenden Kappung sozialer Praktiken sind es zunächst Tests, dann zunehmend Impf- und Genesenennachweise, die Zugänge und Nutzungskompetenzen innerhalb von neuartig ausgewiesenen und abgegrenzten Feldern des sozialen Raums definieren. Darüber wird die Substanz einer neuen Normalität, nämlich die Eingrenzung, Verlangsamung und Distanzierung des sozialen Lebens, weiterhin unter wechselnden Rahmenbedingungen aufrechterhalten, während das Regime einer neuen Normalität insgesamt angepasst wird.

So erweist sich soziale Normalität als auffallend dynamisch und flexibel. Für diese Kompetenz steht seit dem Sommer 2021 insbesondere die sogenannte 3G- oder sogar 2G-Regel. Erstere bezieht sich darauf, den Zugang zu Einrichtungen des öffentlichen Raums – etwa Gastronomie, Kulturangebote, Fitnessstudios etc. – auf Personen zu begrenzen, die entweder geimpft, genesen oder zumindest getestet sind. Im Fall der 2G-Regel wird der Kreis noch weiter eingeschränkt, indem lediglich getestete Personen ebenfalls keinen Zugang erhalten. Die Konsequenz dieser Regelungen, nämlich eine klare Trennung von Segmenten in der Bevölkerung, die einem bestimmten Teil Zugänge verwehrt, ist klar beabsichtigt. Speziell die 2G-Regel schließt konsequent alle diejenigen aus, die weder eine Impfung erhalten noch offiziell bestätigt eine Erkrankung mit Covid-19 durchlaufen haben, und versperrt dieser Gruppe den Zugang zu sozialen Räumen mit Hilfe akzidentieller Individualtests. Damit wird der Nachweis einer pandemischen Unbedenklichkeit faktisch zum wichtigsten Personaldokument für eine Teilnahme am sozialen Alltag. Wo die 3G- oder 2G-Regel in Kraft ist, ermöglicht erst der Nachweis, zu einer der drei fraglichen Kategorien aufzuschließen, eine Teilnahme am öffentlichen Leben. Diese Teilnahme an als »normal« etikettierten Aktivitäten wird wiederum als Wiederermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe und als Schritt zurück in den Orbit gesellschaftlicher Normalität erachtet. Im Falle von Veranstaltungen auf 2G-Niveau, die intern auf Maskenpflicht und Abstandsregeln verzichten dürfen, können die unterdessen weitgehend erfolgreich in die pandemischen Realitätsbedingungen einsozialisierten Individuen sich sogar der Illusion hingeben, die Pandemie sei überwunden – was gleichermaßen angenehm wie befremdlich sein kann. Wiewohl offensichtlich bleibt, dass die Rahmenbedingungen dieser Teilhabe keineswegs normal, die Aktivitäten selbst also gerade nicht normalisiert sind, sondern eindeutig den Charakter von Ausnahmehandlungen tragen.

So spricht der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther in Zusammenhang mit der 3G-Regel nicht nur von einem großen »Schritt zurück zur Normalität mit weniger Grundrechtseinschränkungen«, sondern findet dafür auch den prägnanten Begriff einer »weitgehend geöffneten 3G-Welt« (shz 07.09.2021). Mit dieser Regelung bleibt Gesellschaft aber in Wirklichkeit entweder weit hinter dem Status quo einer Normalität zurück oder setzt doch noch die oben über Leutheusser-Schnarrenberger und Agamben angespielte Option zur Realisierung einer sozialen Dystopie um. In jedem Fall setzen 3G und 2G, wie rational argumentiert auch immer, Segregationstendenzen frei; diese machen sogar – völlig unabhängig von ihrer Berechtigung – die *ultima ratio* dieser Maßnahmen aus. Die 3G-Welt und noch viel mehr die 2G-Welt stellt deshalb auch viel weniger einen Raum der Normalität oder deren Simulation dar als vielmehr ein Kapselmilieu der Pandemiegesellschaft, das von der Illusion lebt, es ließen sich pandemisch nicht affizierte Räume des Sozialen schaffen. Womöglich weist die auf 2G-Veranstaltungen häufiger zu beobachtende Irritation auf genau diesen Umstand hin, sich darüber bewusst zu sein, an einer neuen gesellschaftlichen Teilung teilzunehmen (auch wenn sich hier, weit eher als im Falle sozialer Ungleichheit, argumentieren ließe, das Milieu der »Ausgeschlossenen« habe sich aktiv für diese Position entschieden). Eher verhalten signalisiert daher auch die *Augsburger Allgemeine* ihrer Leserschaft mit der 3G-Regel ein »Willkommen in der Normalität« (Augsburger Allgemeine). Hier bleibt ein klares Unbehagen mit Blick auf die Exklusion derer, die nicht den Standards der 3G-Regel genügen, denn: »wie eine Gesellschaft auf Dauer funktionieren soll, in der es so eine markante Trennlinie gibt, das dürfe sich spätestens nach einigen Monaten zeigen. Es wird also mit Sicherheit nicht das letzte Konzept sein, das die Politik in dieser unendlich scheinenden Pandemie vorlegen muss« (ebd.). Als mögliche Variante zu 3G gilt die schon jetzt teilweise praktizierte 2G-Regel, die nur auf geimpfte und genesene Personen fokussiert und lediglich Getestete nicht mehr berücksichtigt. Diese Vorgehensweise setzt deutlich auf Praktiken der sozialen Trennung und signalisiert zugleich soziale Präferenzen. Gedacht ist sie als klares Instrument zur Schaffung von privilegierten Positionen im öffentlichen Raum, was als Anreiz dafür dienen soll, die im Sommer 2021 stagnierende Impfbereitschaft in der Bevölkerung anzuheben. Eine solche Politik lässt sich konsequent als Etablierung einer neuen Normalität in Form einer positiven, projektiven Biopolitik einordnen, wie etwa von Benjamin Bratton skizziert (Bratton 2021: 5). Bratton wirbt damit für die weltweite Implementierung eines Governance-Modells, das auf einem neuen technologischen Rationalismus basiert sein soll (ebd.).

Diese Aushandlungsprozesse bezüglich des Status und der Rahmenbedingungen neuer Normalität bilden sich sehr gut in der Diskussion um einen kurzfristig angesetzten, als »Osterruhe« bezeichneten, sogenannten

»harten Lockdown« Ende März 2021 ab. Vor dem Hintergrund einer in Deutschland nur schleppend anlaufenden Impfkampagne stieß der Beschluss, die bestehenden Maßnahmen erneut zu verschärfen, auf heftige Kritik. Am Ende wurde nicht nur der entsprechende Bundesländer-Entscheid zurückgenommen, sondern es entschuldigte sich die Bundeskanzlerin in einer als außergewöhnlich wahrgenommenen Geste für diesen Plan, der »zusätzliche Verunsicherung ausgelöst« habe: »Dieser Fehler ist einzig und allein mein Fehler. Denn am Ende trage ich für alles die letzte Verantwortung« (SZ 24.03.2021). Die Anekdote verdeutlicht, dass sich zwar die anlässlich der Covid-19-Pandemie getroffenen Restriktionen des sozialen Lebens bereits als strukturbildend durchgesetzt und verschiedene Routinen und Konventionen entwickelt haben mögen, dass sie aber auch als ebenso zeitlich begrenzt wie als grundsätzlich legitimationsbedürftig wahrgenommen werden. Beides bildet womöglich erst die Voraussetzung für die Anerkennung und Akzeptanz dieser Regulierungen im öffentlichen, vor allem aber im privaten Raum. Die neue Normalität, die als Determinante einer sozialen Realität der Gegenwart seit dem Frühjahr 2020 Wirksamkeit entfaltet hat, wird demnach dadurch unterlaufen, dass die die Gesellschaft formenden Individuen auf einer sozialen Realität bestehen, wie sie sich vor der Pandemie respektive ohne Pandemie auffaltete. Ein Anspruch, der nicht zuletzt aus Erinnerungsbeständen an ein Leben ohne Pandemie genährt wird, für das sich im öffentlichen Diskurs breitenwirksam und bedeutungsschwer die Chiffre der »Freiheiten« durchgesetzt hat. So heißt es in einer Verlautbarung der Bundesregierung zu den seit Mai 2021 gültigen »Erleichterungen« für Geimpfte und Genesene: »Mit der beschlossenen Verordnung wollen wir den Menschen Antworten darauf geben, welche Freiheiten sie nach einer vollständigen Impfung oder nach einer Genesung wieder ausüben können« (Bundesregierung 2021). In Absetzung von den seit Februar 2020 gegen die Ausbreitung der Pandemie getroffenen, fortlaufend angepassten Maßnahmen mit häufig Grundrechte einschränkendem Charakter steht der Terminus der »Freiheiten« einigermassen ambivalent für eine latente Aufhebung der Ordnungsparameter neuer Normalität. Insbesondere deutet sich darin die anhaltende Wirksamkeit der neuen Normalität als einer sozialen Ordnung umfassender Restriktionen an; schließlich wurden die heutigen »Freiheiten« dereinst – in etwa bis Februar 2020 – als Selbstverständlichkeiten erlebt. Insofern transzendiert die Gewährung von »Freiheiten« zwar ansonsten geltende Einschränkungen, ist innerhalb der Ordnung einer neuen Normalität jedoch ebenso außerordentlich wie rückholbar. Die subkutane, fortlaufend abrufbare Forderung nach einer früher oder später einsetzenden Rücknahme der Neuen Normalität ist gesellschaftlich von einiger Bedeutung. Indem sie eine Art Repräsentante des gesellschaftlichen Allgemeinwillens darstellt, beugt sie einer strukturellen Verschleifung

der neuen Normalität ebenso vor wie einer umfassenden Transformation des Sozialen in Richtung einer langfristig angelegten »Neuen Normalität«.

Deutlich wird daran, dass die Realität einer neuen Normalität zwar im Alltag weitgehend routiniert Vollzug melden kann, dies aber offenbar unter anderem deshalb funktioniert, weil diese Lebenswirklichkeit der Einschränkungen, Restriktionen und Rechtsminderungen als zeitlich befristet eingeordnet wird (Klafki 2020). Auch die neue Normalität ist erkennbar gerade nicht beliebig einsetzbar, sondern muss sich als legitim ausweisen können. Die Grenzen dieser Legitimität wurden mittlerweile auch in der Rechtsprechung abgeschritten und intensiv im öffentlichen Diskurs verhandelt und definiert; die juristische Fakultät der Universität Hannover spricht von »einige[n] hundert Entscheidungen«, die bislang ergangen seien (vgl. <https://www.jura.uni-hannover.de/de/juronlinerep/corona/>). Zwar kann zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Textes – zwischen Mai bis Oktober 2021 – keine Rede von einer umfassenden Aufhebung jener Restriktionen sein, die zwecks einer gouvernementalen Einhegung von Covid-19 verhängt wurden. Vielmehr ist die Wiederherstellung von sozialen Freiheiten für die drei Priorisierungskategorien der Geimpften, Genesenen und Getesteten nach wie vor Gegenstand fortlaufender Debatten und administrativer Rahmensetzungen. Hier wurde mit der begrifflichen Chiffre der »Lockerungen« für die Abmilderung alltagsweltlicher Einschränkungen ein ebenso konzilianter wie bildmächtiger Begriff gewählt. Innerhalb dieser Konstellation scheint recht gut durch, worauf eine neue Normalität kategorial reagiert. Leitend für diese Reaktionen ist die Transformation des gesellschaftlichen Lebens vor der Pandemie – vor allem aber: eines Lebens ohne Pandemie – in eine an gänzlich anderen Variablen ausgerichtete Ordnung des Sozialen, deren Zentrum die Integration einer pandemischen Realität bildet.